



Auf dem Weg zur „Bildungsrepublik Deutschland“

Interview mit dem neuen Parlamentarischen Staatssekretär im BMBF, Dr. Helge Braun

► **Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung führt Bildung explizit im Titel. Unter der Überschrift „Bildungsrepublik Deutschland. Durch gute Bildung und starke Forschung“ beschreibt die Bundesregierung darin ihre bildungspolitischen Ziele für die neue Legislaturperiode. Welche dieser Ziele vorrangig anzugehen sind und welche Aufgaben und Herausforderungen damit im Einzelnen verbunden sind, erläutert der neue Parlamentarische Staatssekretär im BMBF, Dr. Helge Braun, im BWP-Interview.**

BWP_ Herr Dr. Braun, wie ist die Botschaft der gewählten Kapitelüberschrift im Koalitionsvertrag zu verstehen? Was ist eine Bildungsrepublik? Und was ist gute Bildung?

Dr. Braun_ Bildung und Forschung sind der Schlüssel für unsere Zukunft, denn Deutschland ist als rohstoffarme Exportnation auf kluge Köpfe und innovative Ideen angewiesen. Innovation, Forschung und Spitzenqualifikationen der Menschen in unserem Land sind die zentralen Grundlagen für unseren Wohlstand, für den Erhalt unserer Position in der Weltwirtschaft und für die internationale Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Dies hat die neue Bundesregierung mit ihrer klaren politischen und finanziellen Schwerpunktsetzung für Bildung und Forschung unterstrichen. 12 Milliarden Euro zusätzlich sind in dieser Wahlperiode für Bildung und Forschung vorgesehen. Damit leistet die Bundesregierung ihren Beitrag auf dem Weg zur Erreichung des gemeinsam mit den Ländern auf dem Bildungsgipfel vom 22. 10. 2008 in Dresden vereinbarten Ziels, bis zum Jahr 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. Mit der dort beschlossenen Qualifizierungsinitiative für Deutschland tragen wir zusammen mit den Ländern – jeder in seinem Verantwortungsbereich, aber mit gemeinsamen Zielen, einer gemeinsamen Umsetzungsstrategie und vereinbarten Meilensteinen – dafür Sorge, dass wir in der Bildung wieder einen internationalen Spitzenplatz erreichen. Seitdem ist bereits einiges auf den Weg gebracht worden, was unser Bildungssystem nachhaltig verbessern wird – von den Kindergärten und Schulen über den Hochschulbereich bis zur Weiterbildung. Nun kommt es darauf an, weitere konkrete Schritte zur Erreichung des Zehn-Prozent-Ziels zu vereinbaren. Darüber haben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die Regierungschefs der Länder bei ihrem Treffen am 16. Dezember 2009 beraten und wichtige Fortschritte erreicht.

BWP_ Wird von den zusätzlichen zwölf Milliarden Euro auch die Berufsbildung profitieren? In welcher Weise sollen das Berufsbildungssystem und auch Individuen gefördert werden?

Dr. Braun_ Ja, auch die Berufsbildung wird davon profitieren, denn sie ist mit dem Erfolgsmodell der dualen Aus-

HELGE BRAUN

Dr., Jahrgang 1972

Parlamentarischer Staatssekretär

bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung



- Studium der Medizin an der Justus-Liebig-Universität Gießen und von 2001 bis 2009 Arzt in der Klinik für Anästhesiologie und Operative Intensivmedizin, Universität Gießen
- Seit 1990 Mitglied der CDU
- Von 1997 bis 2009 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Gießen,
- Von 2002 bis 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung
- Von 2006 bis 2009 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistag des Landkreises Gießen
- Seit 2007 Bezirksvorsitzender der CDU Mittelhessen
- Seit Oktober 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Staatssekretär

Zehn Prozent des BIP für Bildung und Forschung

Bei ihrem Treffen am 16. Dezember 2009 haben die Regierungschefs der Länder mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesministerin Annette Schavan das Ziel bekräftigt, bis zum Jahr 2015 in Deutschland die Investitionen in Bildung und Forschung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern.

Drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollen dabei auf die Forschung, sieben auf die Bildung entfallen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Bund, Länder und Kommunen sowie Wirtschaft und Private im Jahr 2015 mindestens 13 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Unbeschadet der jeweiligen Zuständigkeiten von Bund und Ländern ist der Bund bereit, 40 Prozent dieser Summe aufzubringen. Derzeit beträgt der Anteil des Bundes an den Bildungsausgaben etwa zehn Prozent.

Die Bundesregierung hat in der Koalitionsvereinbarung beschlossen, in dieser Legislaturperiode zusätzlich zwölf Milliarden Euro je zur Hälfte in Bildung und Forschung zu investieren. Damit leistet der Bund einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Zehn-Prozent-Ziels.

Wichtige Schwerpunkte sind dabei

- die Bekämpfung von Bildungsarmut in Deutschland durch die Förderung von Bildungsbündnissen vor Ort, insbesondere durch eine frühzeitige individuelle Sprachförderung, sowie
- die Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen und der Ausbau der individuellen Förderung, insbesondere durch die Erhöhung des BAföG und den Aufbau eines nationalen Stipendienprogramms.

bildung ein Flaggschiff unseres Bildungssystems. Unsere Schwerpunkte in der beruflichen Bildung werden insbesondere bei der Berufsorientierung, der Verzahnung von Schule, Übergangsbereich und Berufsausbildung, bei der Modernisierung und Qualitätssicherung des dualen Systems und bei der Stärkung von beruflicher Weiterbildung und Durchlässigkeit liegen.

Ferner möchten wir in der Bevölkerung das Bewusstsein für „Bildungsvorsorge“ stärken. Dazu haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode die Bildungsprämie auf den Weg gebracht und aktuell zum 1. Januar 2010 noch attraktiver ausgestaltet. Mit Prämien Gutscheinen und der Finanzierungsmöglichkeit über die Vermögensbildung wollen wir einen Beitrag zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung bis 2015 auf 50 Prozent leisten. Vor allem Ältere und Geringqualifizierte wollen wir zu mehr Weiterbildung motivieren.

BWP_ *Bleiben wir beim Übergangsbereich. Bundesbildungsministerin Schavan kündigte bei einem Pressegespräch Anfang November im BIBB an, das Übergangssystem auf den Prüfstand zu stellen mit dem Ziel, es neu zu strukturieren und effizienter zu gestalten. Was sind in den kommenden anderthalb Jahren die ersten Meilensteine zur Umsetzung dieses großen Ziels?*

Dr. Braun_ Das Übergangssystem vermittelt viel zu selten eine erfolgreiche Berufsperspektive. Wir müssen zukünftig vermeiden, dass Jugendliche zwei oder gar drei Maßnahmen nacheinander ohne Abschlussperspektive durchlaufen, auch wenn das mit deren Zustimmung erfolgt. Natürlich gibt es etliche junge Menschen, für die eine berufsvorbereitende Maßnahme sinnvoll und richtig ist,

um ihnen den Einstieg in eine Ausbildung zu erleichtern. Diese Maßnahmen müssen aber zielgenauer als bisher auf eine reguläre duale Ausbildung hinführen. Wir wollen deshalb als erstes eine höhere Transparenz und Anschlussfähigkeit der angebotenen vielfältigen Maßnahmen erreichen. Dazu gehört auch ein in einigen Unternehmen bereits erfolgreich eingeführtes Modell, das einen verbindlichen Übergang Jugendlicher von einer einjährigen berufsvorbereitenden Maßnahme in eine (meist dreijährige) Berufsausbildung festlegt. Diese transparente und verbindliche Struktur wollen wir auf andere Betriebe oder Betriebsverbände ausdehnen.

Wir wollen aber auch weiterhin jedem jugendlichen Spätstarter eine Chance der beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe durch einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss ermöglichen. Dazu muss das System abschlussorientierter modularer Nachqualifizierung mit dem Ziel einer Externenprüfung etabliert werden.

BWP_ *„Prävention statt Reparatur“ – dieser Leitgedanke weist auf die Bedeutung einer frühzeitigen Berufsorientierung schon in der Schule hin. Wo sollen in diesem Bereich neue Akzente gesetzt werden?*

Dr. Braun_ Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zum Ausbau der frühzeitigen Berufsorientierung. Mit dem Berufsorientierungsprogramm des BMBF in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten sind wir hier bereits auf einem erfolgreichen Weg. Dieses Programm fördert seit April 2008 mit mehr als 21,5 Mio. Euro Maßnahmen für bislang fast 72.000 Jugendliche. Das Erfreuliche ist, dass das Berufsorientierungsprogramm nicht nur von den Schülerinnen und Schülern hervorragend angenommen wird, sondern auch von den Ausbilderinnen und Ausbildern in den Berufsbildungsstätten. Die Jugendlichen erkennen beim Schweißen, Sägen, Malern ihre Fähigkeiten und verhalten sich oft ganz anders als im Unterricht. Dies zeigt, wie wichtig es ist, den Schülerinnen und Schülern außerhalb der Schule Praxiserfahrung zu ermöglichen und ihnen etwas zuzutrauen.

Um den Jugendlichen Berufsorientierung aus einem Guss zu bieten, ist es in Nordrhein-Westfalen gelungen, dieses BMBF-Programm einzubinden in das Bund-Länder-Programm „STARTKLAR! Mit Praxis fit für die Ausbildung“. Eine solche Kooperation schwebt uns mit allen Akteuren der Berufsorientierung vor: den Ländern, dem regionalen Übergangsbereich auf kommunaler Ebene, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Wirtschaft, in deren Interesse vor allem die zielgerichtete, passgenaue Berufswahl der jungen Leute ist. Unser Ziel ist es, eine Verstärkung der gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern, Bundesagentur für Arbeit und Sozialpartnern sowie den Einzelinitiativen und Stiftungen auf diesem Gebiet zu erreichen. Akzente sind auch in der Qualitätssicherung der schulischen Berufsorientierung zu setzen. Dazu gehört, dass



schon frühzeitig gegengesteuert wird, wenn sich bei Schülerinnen und Schülern eine mangelnde Ausbildungsreife abzeichnet. Frühzeitig heißt, dass wir mindestens schon in der siebten Klasse ansetzen müssen. Wir wollen Instrumente zur Früherkennung von Defiziten fördern und einsetzen. Das sind Kompetenzchecks, Stärken-Schwächen-Analysen, Profilings. Hier gibt es schon Bewährtes, einiges muss aber auch erst noch erprobt und angepasst werden. Die Vereinbarungen der Bundesländer mit den Regionaldirektionen der Agentur für Arbeit zur vertieften Berufsorientierung weisen bereits in die richtige Richtung. Notwendig sind jetzt eine Verstetigung der Berufsorientierung sowie die Vertiefung und Erweiterung über ein Klassenjahr hinaus.

BWP_ Das BMBF fördert 27 Kreise und kreisfreie Städte über die Förderinitiative 1: „Regionales Übergangsmanagement“ im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“. Welche Impulse erwarten Sie für eine verbesserte Gestaltung des Übergangs durch die Förderung lokaler Bildungsbündnisse?

Dr. Braun_ In unseren Städten und Gemeinden laufen Bildungsanforderungen und soziale Aufgaben zusammen. Dazu gehört insbesondere auch der für viele Jugendliche schwierige Übergang von der Schule zur Ausbildung. Die bisherigen Erfahrungen unseres Programms „Perspektive Berufsabschluss“ sind hier überaus positiv. In den beteiligten Städten, Regionen und Gemeinden hat sich durch die Bündelung der Kräfte und das gemeinsame abgestimmte Vorgehen eine positive Entwicklung gezeigt, die es zu verstetigen gilt. Die Akteure vor Ort waren anfangs überrascht, wie groß die Zahl der Jungen und Mädchen war, die im örtlichen Übergangssystem gelandet ist – und dass manche Maßnahmen vielleicht kurzfristig kostengünstig, aber mit Blick auf eine anschließende Ausbildung nicht zielführend sind; sei es, dass es in diesem Bereich schon genügend Angebote gibt, oder dass eine Anschlussausbildung nicht gewährleistet ist.

Eigentlich ist dieses regionale Übergangsmanagement nicht mehr wegzudenken. Dort, wo die 27 Projekte ihre Arbeit machen, wird von ihnen die Koordination und Kooperation der Akteure vor Ort insbesondere für die Gruppen der benachteiligten Jugendlichen wesentlich aktiviert. Wir überlegen derzeit, wie wir dieses erfolgreiche Konzept in weiteren Regionen etablieren können.

BWP_ Flexibilisierung und Modularisierung unter Wahrung des Berufsprinzips sind Stichworte der Koalitionsvereinbarung. Die duale Berufsausbildung bietet bereits jetzt vielfältige Flexibilisierungsmöglichkeiten. Welche neuen Initiativen sind zu erwarten?

Dr. Braun_ Bei der Modernisierung der Ausbildungsberufe in der jüngsten Vergangenheit wurde dem Aspekt der Flexibilisierung bereits ein hoher Stellenwert eingeräumt. Mit Fachrichtungen, Wahlbausteinen, Schwerpunkten und Zusatzqualifikationen steht ein in der Praxis mit Erfolg erprobtes Instrumentarium zur Verfügung. Jetzt muss es darauf ankommen, die Vorteile dieser Strukturierungsmöglichkeiten noch mehr Ausbildungsberufen zugute kommen zu lassen. Das kann natürlich nicht zwanghaft geschehen, die Struktur der Ausbildungsberufe muss zuallererst dem Qualifizierungsbedarf der Branchen entsprechen, aber ich sehe hier in Bezug auf Differenzierung und Flexibilisierung noch weiteren Handlungsbedarf. Insbesondere Fachrichtungen und Wahlbausteine werden auch bei der Bildung von Berufsgruppen eine wichtige Rolle spielen.

BWP_ Die „Bildungsrepublik Deutschland“ wird zunehmend international und ist demografiebedingt auf qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Das erfordert eine verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen. Die Bundesregierung will im Bereich der beruflichen Bildung transparente und einheitliche Verfahren schaffen. Wie könnten

diese aussehen? Und wie zeitnah ist mit einer Umsetzung zu rechnen?

Dr. Braun. Das Bundeskabinett hat bereits im Dezember 2009 Eckpunkte zur Verbesserung der bestehenden Regelungen einer komplexen Materie mit Zuständigkeiten bei Bund, Ländern und der Wirtschaft verabschiedet. Ziel ist es, die vielfältigen Qualifikationen der zugewanderten Bevölkerung besser als bisher zur Geltung zu bringen und so einen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und zur besseren Arbeitsmarktintegration zu leisten. Nach Möglichkeit soll niemand in Deutschland gezwungen sein, unterhalb seines individuellen Qualifikationsniveaus zu arbeiten.

Das Eckpunktepapier im Web: www.bmbf.de/de/14070php

Vorgesehen sind die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf ein Anerkennungs- bzw. Bewertungsverfahren für alle beruflichen Auslandsqualifikationen sowie die Ausgestaltung einfacher, transparenter und nutzerfreundlicher Verfahren, die im besten Falle zu einer Anerkennung führen, mindestens jedoch zu Teilanerkennungen bzw. zur Feststellung der vorhandenen beruflichen Kompetenzen. In Aussicht gestellt sind zudem verfahrensbegleitende Beratungsangebote, die Förderung des Angebotsausbaus für Anpassungs- bzw. Ergänzungsqualifizierungen sowie der Ausbau der Datenbestände zur Bewertung ausländischer Bildungsabschlüsse. Wenn Qualifikationsbestandteile fehlen, sollen die Möglichkeiten, diese durch – auch berufsbegleitende – Ergänzungs- und Anpassungsqualifizierungen zu erwerben, verbessert und dabei die Instrumente der Weiterbildungsförderung gezielter genutzt werden. Die angestrebte Transparenz und Nutzerfreundlichkeit erfordern die Entwicklung einheitlicher Standards und Kriterien für Gutachten, Anerkennungsentscheidungen und Verfahren in Abstimmung mit den Ländern und der Wirtschaft.

Mit Blick auf die komplizierten Verfahren und die Vielzahl von unterschiedlichen Anerkennungs- und Gutachterstellen wird zudem die Einrichtung von Erstanlaufstellen geprüft, die Anerkennungssuchende in den Verfahren unterstützen und bei ihrer Integration in den Arbeitsmarkt beraten. Hierbei soll auf bestehenden Strukturen aufgebaut werden.

Wir streben an, noch im Jahre 2010 hierzu einen Gesetzentwurf vorzulegen.

BWP. *Im internationalen Vergleich gewinnt die Orientierung an Lernergebnissen und Kompetenzen an Bedeutung. Wie die Beiträge in dieser BWP-Ausgabe belegen, wurde in den vergangenen Jahren intensiv an der Entwicklung von validen Instrumenten zur Kompetenzmessung gearbeitet. In welcher Weise wird das BMBF die in diesem Bereich geleistete Forschung weiter unterstützen?*

Dr. Braun. Im Zuge der Vorbereitung einer internationalen Vergleichsstudie zur Feststellung der Leistungsfähigkeit von Berufsbildungssystemen hat sich das BMBF intensiv mit der Frage der zuverlässigen Messung beruflicher Handlungskompetenz beschäftigt. Begleitend zu diesen Diskussionen initiierte das BMBF bereits einige Projekte, um die Möglichkeit der Erfassung beruflicher Fachkompetenz mit Hilfe von computergestützten Simulationen zu überprüfen. Diese Ergebnisse waren sehr positiv, doch sie verdeutlichten auch den enormen Forschungsbedarf, der in diesem Feld existiert. Deshalb planen wir, unsere Forschungsaktivitäten hierzu noch auszuweiten. Dabei sollen neben internationalen Projekten auch verstärkt nationale Projekte durchgeführt werden. Deren Ziel ist es, zur Qualität von Prüfungen und Bildungsprozessen in Aus- und Weiterbildung beizutragen sowie den Anerkennungsprozess von nicht formal erworbenen Kompetenzen zu unterstützen, indem valide Instrumente zur Erfassung beruflicher Handlungskompetenzen entwickelt werden sollen. Wir erhoffen uns, dass sich die Berufsbildungsforschung in diesem Feld intensiviert und Deutschland auf europäischer Ebene zum Vorreiter bei der Instrumentenentwicklung wird.

BWP. *Aufgabe des Parlamentarischen Staatssekretärs ist es, die Ministerin bei der Erfüllung ihrer Regierungsaufgaben zu unterstützen. Welche Aufgaben liegen Ihnen persönlich dabei besonders am Herzen?*

Dr. Braun. Ein zentrales Thema meiner politischen Arbeit wird die Weiterentwicklung unseres Systems der Bildungsfinanzierung sein: Mit der erneuten Verbesserung des BAföG, dem Aufbau eines nationalen Stipendiensystems, einer erheblich attraktiveren Bildungsprämie und dem Ausbau von Darlehensangeboten auch für den Weiterbildungsbereich sowie der Einführung eines Zukunftskontos bereiten wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen vor, um Aufstieg durch Bildung auch finanziell erheblich zu erleichtern.

Daneben gilt mein Einsatz der Bekämpfung von Bildungsarmut auf allen Stufen der Bildungsbiographie, vor allem natürlich im vorschulischen Bereich und beim Übergang von der Schule in die Ausbildung. Es ist mir ein Herzensanliegen, dass die Jugendlichen frühzeitig und möglichst flächendeckend wertvolle Einblicke in die Berufspraxis erhalten.

Schließlich möchte ich dazu beitragen, das erfolgreiche duale System mit seinem Praxisbezug und seiner Innovationsfähigkeit weiter zu stärken und die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung auszubauen.

BWP. Herr Dr. Braun, wir danken Ihnen für dieses Interview.

(Interview: Christiane Jäger) ■